Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0598/08	Datum 24.11.2008
Dezernat: I	Amt 12	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	25.11.2008	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Stadtrat	04.12.2008	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 30	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Abwägung zum Beschluss Nr. 2134-72(IV)08

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt die Darstellung der Abwägung zum Beschluss über die Einteilung des Stadtgebiets in Wahlbereiche zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009 (Beschluss Nr. 2134-72(IV)08)

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	x
x						

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche		Finanzierung		Objektbezogene		Jahr der	
	Folgekosten/ Folgelasten		Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)		Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)		Kassenwirk- samkeit	
(Beschaffungs-/ Herstellungskosten)	ab Jahr							
	keine							
Euro		Euro		Euro		Euro		

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm					
veranschlagt:		Bedarf:		veranschlagt:		Bedarf:		veranschlagt:		Bedarf:			
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:					
				Jahr				Euro					
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr									
mit			Euro	mit			Euro						
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen									
				Prioritäten-Nr.:									

Termin für die Beschlusskontrolle	mit Bestätigung der Niederschrift

federführendes/r Amt/FB	Sachbearbeiter	Unterschrift AL/FBL Herr Ley

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Holger Platz

Begründung:

In seiner Sitzung vom 2. Oktober hat der Stadtrat die Einteilung des Stadtgebietes in 10 Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 beschlossen (Beschluss Nr. 2134-72(IV)08). Grundlage des Beschlusses war die Drucksache 0364/08. Sie enthielt neben der schließlich beschlossenen Gebietseinteilung zwei mögliche Alternativvarianten.

Im Vorfeld der Einteilung hat sich die Verwaltung (Amt für Statistik als Wahlamt) mit den Ratsfraktionen in Verbindung gesetzt, um bestimmte Varianten zu erarbeiten. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass eine Einteilungsvariante von der Mehrzahl der Fraktionen favorisiert wurde, die dann als Vorzugsvariante in die Drucksache einging.

Üblicherweise enthalten die Beschlussprotokolle des Stadtratsplenums und der Fachausschüsse keine inhaltlichen Einzelheiten über den Verlauf der den Beschlüssen vorangehenden Diskussion. Mit dem Beschluss des Stadtrates oder eines beschließenden Ausschusses, eine Drucksache anzunehmen, macht sich die Vertretung nicht nur den Beschlusstext sondern auch die in der Drucksache enthaltene Begründung zu eigen.

Diese Praxis bringt es mit sich, dass mit einem Beschluss, der auf der Grundlage einer mehrere Alternativen enthaltende Drucksache ergeht, die einzelnen Gründe, die zur Auswahl einer der vorgelegten Alternativen führen, nur in Ausnahmefällen protokolliert werden. So geschah es auch beim Beschluss über die Wahlgebietseinteilung. Die Begründung der Drucksache verzeichnete neben den allgemeinen Rechtsgrundlagen für die Notwendigkeit des Beschlusses an sich zwar Vorzüge und Nachteile der einzelnen Varianten, die Gründe, die im Rat letztlich zur Entscheidung für eine der drei vorgelegten Varianten geführt haben, konnten auf diesem Wege nicht protokolliert werden.

Im Verlauf des immer noch anhängigen Wahlanfechtungsverfahrens, die Ratswahl von 2004 betreffend, ist inzwischen jedoch deutlich geworden, dass das Bundesverwaltungsgericht es als unabdingbar ansieht, dass mit einer solchen Entscheidung auch die Abwägungsgründe und der Willensbildungsprozess in gleicher Weise dokumentiert werden, wie es das Verwaltungsrecht für die Ermessensübung beim Erlass eines Verwaltungsaktes im täglichen Verwaltungsvollzug vorsieht. Um die Gefahr einer Anfechtung der bevorstehenden Ratswahl zu verringern, die sich eventuell auf die nicht dokumentierte Abwägung stützen könnte, werden mit der vorliegenden Drucksache die Abwägungsgründe zusammengefasst, die sich aus der Diskussion im Ausschuss KRB und aus den der Einbringung vorangegangenen Konsultationen mit den Fraktionen ergeben haben. Mit dem Beschluss über die vorliegende Drucksache wird die Dokumentation des Abwägungsprozesses Bestandteil des Beschlusses über die Wahlgebietseinteilung, der in der Sache bereits in der Oktobersitzung gefasst wurde.

Anlagen:

Darstellung der Abwägung